

FDP Ratsfraktion

Hannelore Hanning, stv. Fraktionsvorsitzende

Rede zur Haushaltsverabschiedung 2008 Ratssitzung am 22.4.2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Birkenkamp,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Herren und Damen der Presse,
sehr geehrte Gäste!

Sehen Sie mir bitte nach, wenn ich die Stadt Ratingen heute ausnahmsweise nicht zuerst im Rahmen meiner Haushaltsrede mit Worten bedenke, sondern eine andere Gebietskörperschaft in den Fokus nehme. Geschuldet ist dies dem neuen Kommunalen Finanzmanagement und dessen zentralem Anliegen, eine intergenerative Gerechtigkeit herbeizuführen.

Der Kreis Mettmann hat sich diesem Ziel verpflichtet und mit Stolz zur Einbringung des Haushaltes 2008 verkündet, dass er sich entschuldet habe, so dass die hohen jährlichen Zinszahlungen im Umfang von 4,1 Mio € damit in Zukunft entfallen würden. Leider hat die Stadt Ratingen keine RWE-Aktien, um damit ihre Schulden abzubauen.

Andere Städte im Umkreis zeigen ebenfalls, dass es mit einer vernünftigen Ausgabepolitik - kombiniert mit innovativen Impulsen - zu schaffen ist, alle Generationen anzusprechen und für sie eine nachhaltig positive Entwicklung ihres Wohnumfeldes zu sorgen.

Warum sollte das, was der Kreis, die Landeshauptstadt Düsseldorf und die Stadt Langenfeld für gut und richtig befunden haben, nicht auch für Ratingen gut und richtig sein?

Entschuldung bedeutet immerhin nichts anderes als den Abbau künftiger Belastungen für nachwachsende Generationen und die Steigerung der haushalterischen Gestaltungsmöglichkeiten.

Nun zu Ratingen:

Ratingen kann sich glücklich schätzen,
es besitzt

- noch einen wunderschönen Altstadtkern,
- ein noch attraktives, grünes Umland,
- eine hervorragende Schul- und Kindertagesstätteninfrastruktur,
- ermöglicht ein erfüllendes Einbringen des Potenzials der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger,
- weist eine außerordentlich positive kulturelle Vielseitigkeit auf,
- bietet eine herausragend günstige Verkehrsinfrastruktur für die Ansiedlung von Unternehmen,
- unterstützt die engagierte Brauchtumpflege in vielfältiger Art,
- achtet das Ehrenamt, das in allen Bereichen fast schon bis an seine Grenzen stößt,
- verstärkt die positive Wirkung der unterschiedlichen Vereine,
- betreibt eine beachtenswerte Integration.

Um alle diese Schätze bewahren zu können, hat Ratingen noch die finanziellen Mittel. Umso mehr müssen Anstrengungen unternommen werden, gezielt mit den finanziellen Ressourcen umzugehen.

Trotz sprudelnder Einnahmequellen (Gewerbesteuer, Einkommenssteuer), trotz größerer Steuernachzahlungen ist Ratingen aber weit davon entfernt, nachhaltig eine Entschuldung anzustreben.

Im Gegenteil:

Die Schuldenentwicklung von 2007 bis 2011 (prognostiziert) drückt sich aus in einem unglaublichen Anstieg um fast 36%

In Zahlen:

2007	125.904.517,64 €
2011	170.666.697,64 €

Das bedeutet:

in der Summe knapp 45 Mio Euro innerhalb von nur 4 Jahren!

Der Anstieg der Verschuldung der Stadt Ratingen in den Jahren 2007 - 2011 wird für die Bürgerinnen und Bürger Ratingens schwer verständlich sein.

Fairerweise sollte erwähnt werden, dass sich ein großer Teil davon in einer langfristigen Finanzierungsabwicklung für die erforderliche Kanal-erneuerung wieder findet. Um die erhebliche Schuldenlast in den anstehenden Jahren zu mindern, schlägt die FDP eine weitere zeitliche Streckung vor, wodurch nicht nur Zinseinsparungen erreicht, sondern auch die bereits beschlossenen Maßnahmen realisiert werden können.

Die FDP begrüßt die Bewirtschaftungsregelung in Form der Budgetierung als Informations- und Steuerungsinstrument über die laufende Verwaltungstätigkeit der Ämter der Stadt hin zu einem Controlling orientierten Berichtswesen und die Art und Weise, wie die Fraktionen bei der Umstellung vom kameralen Haushalt auf das NKF in die Vorberatung eingebunden worden sind.

Angesichts des aktuellen Investitionsprogramms erheben wir aber mah-
nend unsere Stimme und teilen hier die Ansicht der Aufsichtsbehörde,
alle zukünftigen Maßnahmen und den erforderlichen Finanzbedarf
,haushaltsverträglich und intergenerativ gerecht' anzugehen und dar-
zustellen.

Daher sei hier auch Punkt 4 unseres gemeinsamen Antrags mit der CDU
vom 11. Februar 2008 zitiert: „Die Verwaltung wird beauftragt, eine mit-
telfristige Entschuldungsplanung als integralen Bestandteil der mittel-
fristigen Finanzplanung aufzunehmen. Entsprechend ist der **Inves-
titionshaushalt mit Prioritätensetzung** im zeitlichen Verlauf **anzu-
passen.**“

Um einen weiteren Anreiz für Unternehmen (Diversity) zu bilden, sich in
Ratingen niederzulassen und damit aktive Wirtschaftsförderung zu be-
treiben, hat die FDP-Fraktion wie bereits in den vorangegangenen Jahren
beantragt, in diesem Jahr auch in

Verbindung mit der CDU, den Hebesatz der Gewerbesteuer zu reduzie-
ren und zwar von 400% auf 390%.

Die Konkurrenz der umliegenden Städte wird durch attraktive Steuerhe-
besätze stärker, die ansiedlungswilligen Unternehmen achten nicht nur
auf die Infrastruktur, sondern durch die neue Unternehmenssteuerreform
besonders auf die Steuerhebesätze.

Somit lassen sich die Einnahmen der Stadt in näherer Zukunft und lang-
fristig weitaus stärker verbessern als über die Einnahmen aus der Ge-
werbesteuer mit dem Hebesatz von 400%. Für viele Unternehmen würde
verstärkt der Anreiz geschaffen, Ratingen als Standort ihres Firmen-
sitzes zu wählen.

Übrigens wird das von der IHK Düsseldorf in ihrer Stellungnahme zum
Haushaltsplanentwurf der Stadt Ratingen für das Jahr 2008 genauso
gesehen.

Der Bürgermeister hat in seiner Rede zum Haushaltsplanentwurf diesen
Schritt erst für das nächste Jahr in Aussicht gestellt.

Warum noch ein Jahr warten und erst im Jahr 2009 diese Regelung beschließen? Ein Jahr, das vertan wird, um weitere international aufgestellte Großunternehmen und mittelständische Unternehmen anzusiedeln!

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden die entstehenden attraktiven Arbeitsplatzangebote zu schätzen wissen und Ratingen nicht zu einer schrumpfenden, sondern zu einer aufstrebenden Stadt, finanziell gesunden Stadt, verhelfen.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Gewerbesteueraufkommen von der allgemeinen Konjunktur und von Entscheidungen einzelner Unternehmen abhängig ist, umso mehr sollte die Stadt den Unternehmen Signale setzen, dass es sich lohnt, in den Standort Ratingen zu investieren.

Glücklich kann die Stadt sich schätzen, dass der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer stark gestiegen ist. Diese Entwicklung zeigt aber auch auf, dass Ratingen angenommen wird und für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv erscheint. Gerade aber deshalb sollte die Stadt behutsam mit den gestiegenen Einnahmen umgehen. Hier hebt die FDP mahnend die Stimme, dass auch all die politischen Forderungen, die sehr oft nachhaltige finanzielle Auswirkungen zeigen, auf den Prüfstand gehören.

Mit großer Sorge verfolgen wir im Haushaltsansatz das murenartige Vorausschieben der Haushaltsausgabereise von ca 52 Mio €. Ein Schattenhaushalt, der nicht zu verantworten ist.

Ebenso verfolgen wir die weitere Verschuldung, die im Renovierungs- und Investitionsbereich entstehen, mit Argwohn. Bei allen Vorhaben, die im Moment abgewickelt werden, stellen wir eine gewaltige Kostenexplosion fest!

Einige Beispiele seien genannt:

Renovierungsarbeiten im Schulzentrum Lintorf, Neubau Feuer- und Rettungswache, Planung und Errichtung der Bezirkssportanlage, Optimie-

rung des Stadthallenbereichs und eine Fülle von Mehrkosten, die uns nicht nur bei der Feuerwache fast täglich einholen.

In Erkenntnis dieser Entwicklungen sollte Ratingen sich davor hüten, auch noch einen Neubau des **Rathauses** zu schultern.

Als Demokraten müssen wir leider den Mehrheitsbeschluss zum Rathausneubau akzeptieren.

Aber Herr Bürgermeister, meine Herren und Damen, haben Sie die unübersehbaren Kosten, die unsere Verschuldung noch weiter nach oben treiben, wirklich ernsthaft bedacht?

Angesichts des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs ist dieser Rathausneubau nur mit weiterer, erheblicher Neuverschuldung zu schultern. Die FDP erhebt hier nicht nur deswegen die Stimme, weil sie schon von Beginn an eine Sanierung gefordert hat, sondern weil sie den Haushalt der Stadt Ratingen im Blick hat.

Eine bedarfsgerechte Sanierung ist immer noch sinnvoller und kostengünstiger als alle baulichen Umsetzungen im Rahmen eines Neubaus.

Das Loch, das in der Mitte Ratingens ausgehoben wird, wird ein schwarzes Loch werden. Steuergelder, mit denen Rat und Verwaltung sorgsam umzugehen haben, werden durch einen gewaltigen Sog darin verschwinden. Von einer intergenerativen Gerechtigkeit kann somit nicht mehr gesprochen werden.

Übrigens hat das die BU 2004 genauso gesehen: Ich zitiere: „Es ist nicht auszuschließen, dass der Baudezernent unverändert damit liebäugelt, ein nicht finanzierbares Rathaus auf der grünen Wiese erstellen zu lassen, um gleichzeitig nach Abbruch des jetzigen Rathauses die Innenstadt mit einer riesigen Baulücke zu bereichern (*Investoren und Mietinteressenten sind weit und breit nicht vorhanden!!*)“ (S.10) weiter heißt es auf dieser Seite:

„Fazit: Die Bürger-Union Ratingen wird diesem grausamen Spiel ein Ende bereiten und so schnell wie möglich sich dafür einsetzen, dass die notwendige Sanierung des Rathauses zur Vermeidung weiterer unnützi-ger Aufwendungen in die Wege geleitet wird.“ (S.10)

Die Forderung der FDP:

Die Prioritätensetzung im Investitionsplan sollte noch einmal auf den Prüfstand gebracht werden.

Ideell sei an dieser Stelle noch einmal ganz massiv an das Umgehen mit dem Bürgerbegehren in Sachen Rathaus erinnert. Zeitverzögerung, Infragestellen der Rechtmäßigkeit, Einleitung des Bürgerbegehrens zu einem ungünstigen Zeitpunkt.

Ein Vorgehen der Stadtverwaltung mit Unterstützung der großen Parteien CDU, BU, SPD, das die Bürgerinnen und Bürger frustrierte, ihre gesetzeskonforme demokratische Beteiligung an Prozessen in der Stadt in Frage stellte und zu hoher Politikverdrossenheit führte. So kann man nicht mit mündigen Bürgerinnen und Bürgern umgehen.

Im Wahljahr 2009 werden sich viele daran erinnern und aufgrund ihrer Erfahrungen auch entsprechend handeln.

Unklar ist nach wie vor, wie die Innenstadt an der Stelle des jetzigen Rathauses, wenn es nicht mehr ist, belebt werden soll. Angeblich durch ein großes Einkaufszentrum. Selbst die mit dem Projekt ‚Neues Rathaus‘ befassten Architekten sehen hier keine griffige Gestaltungsmöglichkeit. In ihrer Ausgabe vom 8.4.2008 hat dies die RP auch noch einmal aufgegriffen.

Es fehlt nach wie vor ein klares Konzept, das uns die Verwaltung immer noch schuldig ist. Die FDP fordert dies seit der Diskussion um Sanierung oder Neubau des Rathauses. Auf Investoren zu hoffen, die dann das Loch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger füllen könnten, ist aufgrund der derzeitigen krisengeschüttelten Situation utopisch.

Für alle Neubauten und Umbauten (Feuer- und Rettungswache, Pavillon für die Jugend in Tiefenbroich, Dreifachsporthalle im Schulzentrum Lintorf, wie schon erwähnt) laufen bereits die Kosten davon. Jede Wetter bedingte Situation wird inzwischen als Grund hierfür herangezogen, manchmal allerdings werden auch Planungsfehler eingeräumt wie bei dem Pavillon in Tiefenbroich.

Andere dringende Investitionen und Vorhaben der Stadt Ratingen (Umgestaltung Düsseldorfer Platz, Parkhaus Kirchgasse, Markt 19-20) liegen auf Eis, werden von immer neuen Vorhaben überlagert, z.B. Neugestaltung des Stadthallenareals. Die FDP verschließt sich dieser Diskussion nicht, verweist aber auf einen angemessenen Zeitrahmen der Umsetzung.

Zur Gestaltung des **Stadthallenareals** hat die FDP einen Antrag gestellt (Die Häuser 5-9 sind abzureißen, um einen verbesserten städtebaulichen Anblick zu erreichen). Der Antrag von CDU und SPD sollte nochmals gründlich in einer Gesamtplanung des Areals zu einem späteren Zeitpunkt erörtert werden. Die FDP möchte und kann in weiteren 2 Punkten auch dem CDU/SPD Antrag folgen. Dem Aspekt (ausgewiesen in Punkt 2 des Antrages), diese Fläche einer späteren Bebauung wieder zuzuführen, möchte die FDP im Moment aufgrund einer damit einhergehenden möglichen Gestaltungseinengung der Außenanlage nicht zustimmen.

Die Hektik, die im Moment im Rahmen einer konzeptionellen Umgestaltung der **Gastronomie der Stadthalle Ratingen** zu erkennen ist, lässt wiederum nicht Gutes ahnen. Wenn schon andere, ältere Vorhaben in der Stadt aufgrund mangelnder Kapazität nicht realisiert werden können, sollte nicht ein neues Vorhaben aus dem Boden gestampft werden. Alle Risiken einem evtl. neuen Betreiber bei zeitlich begrenztem Vertrag dann zuzumuten, ist unverantwortlich und in hohem Maße fragwürdig. Überlegungen, die Kosten für Umbaumaßnahmen im Nachtragshaushalt einzubringen, hält die FDP für hochgradig unseriös, zumal der eigentliche Haushalt noch gar nicht verabschiedet ist.

Aufgrund der Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der FDP vom 12.02.2008 nach der rechtlichen Grundlage für den großen Bereich der **Zuschüsse** wird allgemein deutlich, wie sehr die Stadt Ratingen inzwischen das Füllhorn ausgießt.

Dies kann keine allgemeine Praxis für eine Konsolidierung des Haushaltes und der berechtigten Forderung nach dem Abbau der Schulden sein.

Im Übrigen erscheint auch mit Blick auf eventuell drohende rechtliche Probleme ein sorgsamer Umgang mit der Gewährung der Zuschüsse empfehlenswert. Angesichts der Vergabe öffentlicher Zuwendungen in freiwilligen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge, hat die öffentliche Hand, d.h. also auch die Stadt Ratingen, das Gleichheitsgebot und das Willkürverbot zu beachten.

Um die rechtlich gebotene und von der FDP Fraktion geforderte Gleichbehandlung gleich gelagerter Fälle auch wirklich zu erreichen, ist es dringend erforderlich, nachvollziehbare und gerechte „Subventionsrichtlinien“ zu erarbeiten, die allerdings der Stadt Ratingen auch die notwendige Flexibilität bei der Beurteilung der diversen Sachverhalte nicht rauben dürfen.

Abschließend erscheint mir an dieser Stelle auch ein Hinweis auf eine Antragsfrist wichtig, um die in den letzten zwei Jahren ausufernde und noch im Verlaufe der Haushaltsplanberatung nicht endende Antragsflut in geordnete Bahnen zu lenken.

Aufgrund dieser Situation fordert die FDP Vergaberichtlinien für die allgemeine Gewährung von Zuschüssen (s. Antrag vom 8.4.2008).

Zuschüssen im Bereich der Jugendarbeit, der Prävention, der Bildung und Ausbildung, der Kulturförderung steht die FDP aufgeschlossen gegenüber, hat aber erhebliche Bedenken dort, wo es um Gelder geht, die von Vereinen und Interessenvertretungen in Eigenarbeit und Eigenleistung erbracht oder eingespart werden könnten.

Aktuell bei dem hohen Ansatz der Kosten für den Griechischen Pavillon. Wir hatten einmal einen kostengünstigeren Ansatz hier im Rat angedacht.

Wie verhalten sich Politik und Stadtverwaltung, wenn die anderen Migrantenvereine ihre aus ihrer Sicht berechtigten Forderungen in ähnlichem Ausmaß in Zukunft aufstellen?

Gibt es nicht hier auch die Möglichkeit, im Sinne der Integration statt Separation, andere Räumlichkeiten der Stadt mit zu nutzen?

Dort, wo eine Verzahnung von Prävention und Bedarf erkennbar wurden und eine ausgewogene Konzeption vorlag, hat die FDP mitgestimmt (z.B. Schullandheim Müllenborn, Mentoring Ratingen e.V, Kulturförderung, iKuh Ratingen e.V. Brauchtumspflege, Mittagsverpflegung, SKF Betätigungsfelder....)

Dass Ratingen im Kreis hier weitgehend noch gut aufgestellt ist, das zeigt auch die **Bertelsmann-Studie** von 2006, liegt an der guten Schul- und Kindertagesstätten -Infrastruktur. In vielen Städten ringsherum werden Grundschulen oder Kitas geschlossen oder zusammengelegt, hier in Ratingen werden sie ausgebaut oder neu gebaut. Das ist schon beachtlich.

Wir wissen alle, dass auch hier aufgrund der aktuellen Lage (neue Baugebiete, Verlagerung der Schwerpunkte, z.B. Kita Umwandlung zu Familienzentren,) und der Wandlung unserer Gesellschaft weitere Anstrengungen notwendig werden; auch im Bereich der Betreuung der U3-Jährigen.

Hier hat auch die Stadt Ratingen ihre Verpflichtung inzwischen erkannt. Für manche ist dies noch nicht genug. Im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung wird aber auch die Stadt nicht umhinkommen, Lösungsmöglichkeiten und Alternativen zu entwickeln, die bezahlbar sind. Angebote privater Unternehmungen und Familienservicegesellschaften gibt es inzwischen auf dem Markt genug.

Ob diese für Ratingen tauglich sind, muss von Fall zu Fall geprüft werden.

Dies auch im Hinblick auf die **OGATA** in Ratingen. In keiner anderen Stadt des Kreisgebietes bestehen so viele Gruppen wie in Ratingen, allerdings auch nicht so viele GS. Diese Akzeptanz der OGATA liegt sicher auch an dem hohen Qualitätsstandard, den die Kooperationspartner mit den Schulen geschaffen haben, an der Beteiligung der Vereine und der Eltern.

Ein Jahr Warten hat sich für die Stadt Ratingen ausgezahlt, kostspielige Fehlentwicklungen konnten dadurch vermieden werden. Bundes- und Landesmittel sind bis zum Stichtag ausgeschöpft

In der Antwort auf berechnete gesellschaftliche Anforderungen sollte die Politik immer VERANTWORTUNG zeigen und in ihrer Forderung nach

mehr, alles, sofort

bedachtsam sein.

Unter diesem Aspekt haben wir unsere Forderungen zur Einführung des von uns favorisierten Monheimer Modells (genannt **MoMo**) in Bezug auf den Musikunterricht in den Grundschulen (jedem Kind ein Instrument) bis zum kommenden Haushaltsjahr 2009 verschoben, um auch der Musikschule und dem Leiter der Musikschule, Herrn Sevenich, die Möglichkeit zu geben, in den anstehenden Pilotprojekten Erfahrungen sammeln und diese rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen 2009 evaluieren zu können.

Übrigens: Länder übergreifend wird bereits das MoMo intensiv verfolgt.

Die Sanierungspläne im Rahmen des **Masterplans Schulen**, die von der Verwaltung abgearbeitet sind, verursachen einen großen Teil der Kosten, sind durch den Rückstau aber notwendig und werden von der FDP mit getragen. Ebenso der Neubau der Astrid-Lindgren-Schule, die Anfang April ihr Richtfest feiern konnte und der Bewegungsraum für die Albert-Schweitzer-Schule und Ludgerus Schule in Ratingen- Ost, der

schon lange von der FDP gefordert wurde. Alle weiteren Schulprojekte, die anstehen, ebenfalls.

Die Planung der **Bezirkssportanlage** geht voran. Der Rat hat (wird) heute nunmehr beschlossen (beschließen), diese Maßnahme mit 2 Fußballfeldern, einem Mischfeld für Fußball und Hockey, sowie einer Rundbahn (mit Beleuchtung) auf den Weg zu bringen. Die weiteren Prioritäten im Rahmen des Sportstättenentwicklungsplanes werden nun für die anderen Sportplätze mit Hilfe der vorliegenden Anträge gesetzt und hoffentlich auch so im weiteren Verlauf der Beratung im Rat beschlossen.

Zum **Sportplatz Hösel** werde ich an dieser Stelle keine weiteren detaillierten Ausführungen machen. Soviel sei aber noch gesagt, dass erst durch die akribische Bearbeitung dieses Sachverhalts durch unser Ratsmitglied Heinz Grazikowske, die Angelegenheit brisant, ja fast möchte ich sagen, der gordische Knoten durchschlagen wurde, über die Grenzen Ratingens hinaus Aufmerksamkeit erregte. Eine Lösung ist seit der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 3.4.2008 in Sicht und wird hoffentlich so umgesetzt werden können.

Am Rande stellt sich die Frage, ob aufgrund der bisherigen Pannen in rechtlichen Angelegenheiten (z. B. Abwassersatzung – diese hat uns ja lange genug beschäftigt und viel Häme eingetragen, Lärmschutz – Mauer), die Ratingen betrafen, die Stadt bei der Auswahl von Gutachtern möglicherweise daneben greift, dazu diese zu wenig informiert oder ihnen zu wenig zielgenaue Angaben macht.

Zu einem weiteren Schwerpunkt und einer Beeinflussung des Standortes Ratingen zählt auch die **Museumslandschaft**. Hier kann Ratingen mit hervorragenden Institutionen aufwarten. Zum einen mit dem Industriemuseum Cromford und dem Oberschlesischen Landesmuseum. Diese Museen sind aufgrund eines enormen Engagements der Gründungsmitglieder heute gut aufgestellt und mit einer Übernahme durch den Landschaftsverband sowie des Landes über die Grenzen Ratingens bekannt.

Das Stadtmuseum indes fristet ein Schattendasein. Die Gründe hierfür sind bekannt. Würde der Förderverein nicht öfter mit sehr guten Veranstaltungen locken, wäre es noch weniger besucht. Dieses Museum gilt es aus dem Dornröschenschlaf zu erwecken, Ideen hierzu gibt es in den Kreisen der Interessierten genug.

Diese zu bündeln, das Museum mit einer engagierten Leitung zu versehen, mit pädagogischen Begleitprogrammen auszustatten, sollte nach Ansicht der FDP in den kommenden Monaten forciert angegangen werden. Ist eine wertvolle Nische im Kontext zu den anderen umliegenden Städten Düsseldorf, Köln, Essen, Duisburg, Mönchengladbach, Krefeld, Wuppertal, Solingen, Hilden, (selbst) Heiligenhaus gefunden, wird es auch für Ratingen ein erfolgreiches Unternehmen werden können.

Ich könnte an dieser Stelle noch viele ‚**Baustellen**‘ in der Stadt Ratingen anführen, dazu zählen u.a.

- die Polizeiwache, die auch für die FDP in die Mitte der Stadt gehört
- die Verlagerung des Ausländeramtes, die von der FDP Ratingen nicht mitgetragen wurde
- die schleppende Besetzung der VHS Leiterstelle, die von der FDP kritisch begleitet wird
- die Errichtung der Brücke, Tiefenbroicher Straße in Lintorf, die endlich für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger Erleichterung verschaffen soll

will aber an dieser Stelle nur noch eine herausgreifen, die in den Fokus der Auseinandersetzung der letzten Wochen geriet.

Die **L 239** (Vorlage 113/2008).

Die SPD fordert hier die Unterlassung der Vorfinanzierung und spricht sich gegen diese Straßenführung aus.

Die FDP sieht dies anders. Die aufgeführte Trasse greift nicht so in die Landschaft ein, dass ein Aufschrei erfolgen müsste.

Der Teilabschnitt, der in der Vorlage dargestellt und vorgesehen ist, entlastet nicht nur die Anwohner ‚Am Nußbaum‘, sondern minimiert auch den Unfallschwerpunkt vor der Engstelle. Eine Verbreiterung der vorhandenen Trasse, wie von der SPD gefordert, würde im weiteren Verlauf der L 239, die aber im Moment nicht zur Diskussion steht, zu einem erheblich größeren Eingriff in die Natur führen, als die bisherige, geplante Trassenführung.

Diese Straße nicht auszubauen, grenzt m. E. an ein strafbewehrtes Unterlassen von notwendigen Schutzmaßnahmen. Die Reduzierung auf Tempo 30 bestätigt dies und ist wohl sonst auch im Bundesgebiet für eine außerörtliche Landstraße (üblicherweise 100 km/h) von gesteigertem Seltenheitswert.

Nicht nur die Kostenlawine, die auf die Stadt im nächsten, ja in den nächsten Jahren zukommt, erfüllt die FDP mit Sorge, sondern auch der stetig wachsende **Stellenplan**.

Dort, wo Stellen geschaffen werden, um im Jugendbereich präventive Arbeit leisten zu können, sehen wir Liberale dies als gerechtfertigt an.

Die FDP anerkennt auch das Bemühen der Verwaltung, den Kostenrahmen verantwortungsvoll abzustecken (s. Vorlage 119/ 2008)

und auch deren Bestreben nach dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit vorzugehen.

Werden aber Stellen geschaffen, die der Ausuferung der administrativen Aufgaben der Stadtverwaltung dienen, haben wir kein Verständnis mehr.

Die FDP ist (noch) eine kleine Gruppierung im Rat der Stadt Ratingen, hat aber mit vielen Impulsen die ‚großen‘ Parteien bewegt, teilweise auch mit diesen zusammen Initiativen auf den Weg gebracht. Eine verlässlichere Zusammenarbeit mit allen Parteien wäre aus der Sicht der Liberalen in vielen Punkten wünschenswert.

Zurück von der Politik zum **Haushalt!**

Die Umstellung des Haushaltes von der kameralen Buchführung hin zu der doppischen Buchführung, die Einbringung des Haushaltes in das NKF ist sicher kein leichtes Unterfangen für die damit Befassten.

Die Fraktionen dabei mitzunehmen, war eine gute Maßnahme und zahlt sich bei der Bemessung der Eckdaten sicher aus.

Nach unsere Auffassung genügt es allerdings nicht, den Haushalt gemäß den neuen Vorschriften des NKF, die formal für eine bessere intergenerative Gerechtigkeit bürgen sollen, akribisch aufzustellen, dabei aber den inhaltlich unter diesem Aspekt so wichtigen und nach unserer Auffassung so unausweichlichen Einstieg in die Entschuldung total zu verpassen.

Die auch mit unserem gemeinsamen Antrag mit der CDU zum Ausdruck gebrachte kleine, realistische Entlastung der Bürgerinnen und Bürger durch moderate Steuersenkungen, halten wir im Interesse des weiteren Ringens der Stadt Ratingen um Stärkung im interkommunalen Wettbewerb um Familien und Betriebe für dringend geboten.

In meinen Ausführungen habe ich einige wesentliche Ansätze (Streckung im Investitionsbereich, Zuschussvergabe, Rathaussanierung statt Rathausneubau) zu möglichen Einsparungen dargestellt.

Da der Haushaltsplanentwurf und die zusätzlichen, Kosten treibenden Anträge, trotz aller Warnungen, den Schuldenabbau nicht verringern, sondern noch durch weitere Forderungen in Schwindel erregende Höhen nach oben schrauben, kann die FDP-Fraktion, dem **Haushaltsplan für das Jahr 2008** und dem Stellenplan in der vorliegenden Fassung **nicht zustimmen**.

Die FDP – Fraktion bedankt sich aber trotz ihrer Ablehnung des vorliegenden Haushaltes bei Ihnen, Herr Bürgermeister Birkenkamp, bei Ihnen

Herr Pesch und Herr Gentsch für die Unterstützung in allen Beratungen und in den Fachausschüssen.

Vielen Dank auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die für uns geleistete Arbeit.

Herr Bürgermeister,
meine Herren,
meine Damen,

vielen Dank für die Aufmerksamkeit!